№. 47. 1861.



Erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der vierteljährl. Pränumerations-Preis für Einheimische beträgt 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königlichen Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3spaltige Corpuszeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei. Donnerstag, den 18. April. [Redakteur Ernst Lambeck.]

Eine Adresse an den König von Hannover.

Die traurigen Zustände in Hannover sind unsern Lesern bekannt. Die Verwaltung des Grafen von Borries ist ja das Muster eines büreaukratischen Junker-Regiments. Die Beseitigung desselben wird innerhalb und außerhalb Hannover dringend gewünscht. Eine Versammlung von unabhängigen Männern aus allen Theilen genannten Landes beschloß daher in Hannover am 8. d. Mts. in einer Adresse dem Könige die Lage und die Stimmung des Landes darzulegen und um Abhilfe nachzusuchen. Eine Deputation, an ihrer Spitze der rühmlichst bekannte v. Bennigsen, sollte die Adresse dem Könige überreichen; — sie wurde gar nicht vorgelassen.

Es hat den Anschein, als ob gewisse Regierungen in Deutschland, und zu ihnen gehört auch die hannoversche, mit Willen und Wissen nicht sehen wollen, was in Europa vorgeht, ebenso wie sie ihr Ohr verschließen gegen die lauten Mahnungen der Zeit. Nun gut, wer nicht hören will muß fühlen, — wobei jedoch nur das zu bedauern ist, daß die Völker die Sünden ihrer Regierungen stets mit büßen müssen.

Was die Adresse ausspricht und nachsucht, das fühlen und wünschen alle, die da wissen, was Deutschland und auch Hannover Noth thut. Doch hören wir die Gesuchsteller selber.

In Bezug auf das Gesammtvaterland sagen sie: „Von allen Seiten wachsen die Gefahren für Deutschlands und Hannovers Sicherheit und Existenz. In nächster Nähe wagt ein kleines Volk, übermüthig geworden durch die Hoffnung auf mächtige Hülfe und leider auch durch deutsche Schwäche, die wichtigsten Interessen Deutschlands und die begründetsten Rechte der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein hartnäckig auf das Empfindlichste zu verletzen. Oesterreich ringt mit den schwersten inneren und äußeren Bedrängnissen. Große und kräftig organisirte Militärstaaten umgeben die zerrissene deutsche Nation. Schon strecken mächtige Nachbarn, lüstern nach Vergrößerung und ermuthigt durch den Mangel aller einheitlichen Gestaltung der Gesammtheit deutscher Nation, ihre begehrliche Hand deutlich genug nach deutschen Grenzprovinzen aus.

Das deutsche Volk, ohne Schutz seiner Küsten, ohne eine heute allen selbstständigen Nationen unentbehrliche Kriegsflotte, ohne ein nach einheitlichem Plan organisirtes und geleitetes Heer, steht diesen Gefahren schwach und mangelhaft gerüstet gegenüber. Ohne Beispiel in der Geschichte fühlt ein Volk von 40 Millionen, tapfer von Natur und voller Hilfsquellen durch die Arbeiten eines langen Friedens sich inmitten Europa's unsicher und in seiner unabhängigen Existenz bedroht.

Große Opfer gewaltige Anstrengungen werden erforderlich sein, diese Gefahren zu überwinden, und wie in den Jahren 1813—15 wird an die Seite des seinen alten Ruhm immerdar bewährenden regulären Militärs in kräftigen Aufschwung das deutsche Volk treten müssen, in dessen Muth und Opferfreudigkeit allein Rettung zu finden ist.

Soll das Volk aber solchen Muth und solche Opferfreudigkeit entwickeln, sollen seine Anstrengungen nicht vergebliche sein, so thut es vor Allem Noth, daß den berechtigten Wünschen und Bedürfnissen desselben in vollem Umfange entsprochen werde. Wohl fühlen muß sich der Deutsche in seiner Heimath, um sie mit Erfolg vertheidigen zu können."

Die Stelle über die zeitigen Zustände in Hannover und die Wünsche der Gesuchsteller lautet folgendermaßen: „Fast alle Freiheitsrechte des Landes sind gefallen, die Freiheit der Presse, der Versammlung, ja selbst der Bitte auf das Wesentlichste beeinträchtigt. Ein Ministerium dem das Vertrauen des Landes völlig fehlt, hat die Einwirkung der Vertreter des Landes auf die Verwaltung des politischen Körpers auf ein äußerstes Maß zurückzuführen gewußt, die früher so blühenden Finanzen des Landes ernstlich gefährdet, die Steuerlast schon jetzt im Frieden erheblich vermehrt, die Selbstständigkeit der Städte und Kommunen wesentlich beschränkt und seine Aufgabe überhaupt darin gesucht, in immer größerer Ausdehnung an die Stelle lebendiger Theilnahme des Volks an der Verwaltung von Staat und Gemeinde die vorgeschriebene Thätigkeit öffentlicher Diener zu setzen, welche es durch eine veränderte Gesetzgebung und Praxis fast unbedingt abhängig gemacht hat.

Dies Alles hat im Königreiche eine tiefe und durch alle Kreise verbreitete Mißstimmung hervorgerufen, eine Mißstimmung, welche, in solchem Umfange gefährlich in allen Zeiten, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen das Heil und die Zukunft unseres Landes im innersten Kerne zu zerstören droht.

Nach unserer innigsten Ueberzeugung gibt es nur einen möglichen Weg heilsamer Umkehr.

Beseitigung des jetzigen Verwaltungssystems.

Wiederherstellung des alten verfassungsmäßigen Landesrechts.

Dann Allergnädigster König und Herr, wird das hannoversche Volk, wie in den Tagen der Abschüttelung der Fremdherrschaft alle Opfer willig tragen, allen Gefahren freudig und muthig entgegengehen und nach altem Brauche überall da in vorderster Reihe stehen wo es gilt, deutsches Recht und deutsche Freiheit zu vertheidigen."

Politische Rundschau.

Landtag.

Abgeordnetenhaus. 36. Sitzung am 15. April. Der Bericht der Budget-Commission über den Etat des Finanzministeriums, der allgemeinen Kassenverwaltung und der Münze, so wie über den Etat der Eisenbahn-Verwaltung wurde berathen. Der Regierungskommissarius verhieß, daß der Plan über die beabsichtigte Verbesserung der Beamtengehälter jedenfalls noch im Laufe der gegenwärtigen Session vorgelegt werden solle. Von den Petitionen, welche hierauf zur Diskussion gelangten, war diejenige über die Zwangsbeiträge zur Brandenburger Ritter-Akademie von größerem Interesse. Der Kommissionsantrag auf Aufhebung der betreffenden Beschlüsse der ritterschaftlichen Abgeordneten zum kurmärkischen Landtage wurde gegen 12 Stimmen (Fraction Blankenburg) angenommen; der Minister des Innern erklärte sich zu einer gründlichen Prüfung bereit.

Deutschland. Berlin, den 15. April. Die Unterhandlungen, welche zwischen Oesterreich und Preußen in Bezug auf die Bundeskriegsverfassung seit 3 Monaten hier gepflogen worden waren, sind wegen entstandener Schwierigkeiten abgebrochen und die österreichischen Bevollmächtigten haben Berlin verlassen. — Zu einer besonders lebhaften Debatte im Abgeordnetenhause dürfte die Petition der Stadtverordneten von Berlin wegen Reformen der Städteordnung führen. Die Fraction Behrend und Genossen beabsichtigt, sich dabei lebhaft zu betheiligen und sie zur Wiederaufnahme der Wahlfrage zu benutzen. Von Interesse ist es, daß sich in diesem Augenblick aus dem Schooße der Einwohnerschaft Berlins eine Gegenpetition vorbereitet, welche die Bestrebungen der Fraction Behrend unterstützen dürfte. — Das Gerücht, Graf Perponcher werde an das Hoflager Franz II. zurückkehren, wird von bestunterrichteter Seite als völlig grundlos bezeichnet. — An der polnischen Grenze sollen, wie verschiedene Blätter melden, Schmuggler ergriffen worden sein, die über 1000 Pfund Pulver in Polen einführen wollten. — 16. April. (B.- u. H.-Z.) Eine von unserm Pariser Korrespondenten ungeachtet verschiedener Dementis wiederholt aufrecht gehaltene Meldung, daß die französische Regierung mit der Absicht umgehe, eine neue Anleihe aufzunehmen, wird jetzt von mehreren Seiten bestätigt. Auch der Londoner „Economist" spricht heute von der Absicht 20 Mill. L., also mehr als 500 Mill. Fr., zu emittiren. Unser Correspondent hatte von 300 Mill. gesprochen, bei der letzten Erwähnung der Angelegenheit aber vermuthet, der Betrag werde wohl noch bedeutender sein. Dasselbe englische Journal sagt zugleich, man spreche auch von einer piemontesischen Anleihe von acht Mill. L., also etwa 200 Millionen Frcs., und fügt hinzu, dies sei wahrscheinlich mehr oder weniger correct." — Der bekannte Kriminalist Dr. Temme, welcher seit 1849 in der Schweiz lebt, scheint jetzt nicht nach Preußen zurückkehren zu wollen, da ihm die Aussicht eröffnet ist, an der Züricher Universität den Lehrstuhl für Kriminalistik mit einem ansehnlichen Gehalte zu erhalten.

Hamburg, den 13. April. (H. B.-H.) Gestern Abend fand veranlaßt durch die Anwesenheit des Hofgerichtsadvokaten Herrn Metz aus Darmstadt, im großen Saale der Tonhalle eine Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins statt, zu der jedoch auch Nichtmitgliedern der Zutritt gestattet war. Herr Metz entwickelte in einem längern, wiederholt durch den lebhaftesten Beifall unterbrochenen Vortrage aus der Geschichte Deutschlands, namentlich aus der seiner jüngsten Vergangenheit, die Nothwendigkeit und den Zweck des National-Vereins. Schließlich wurde folgende Resolution mit nur wenigen Gegenstimmen angenommen: „Um dem deutschen Vaterlande im Innern die Bahnen freiheitlicher Entwickelung zu eröffnen und ihm nach außen eine Achtung gebietende Stellung zu geben, ist die Schaffung einer deutschen Centralgewalt in Verbindung mit einem deutschen Parlament unumgänglich nothwendig. Diese Nothwendigkeit ergiebt sich aus der Gefahr, die dem Vaterlande von außen droht, und aus der Unzulänglichkeit der politischen und militärischen Organisation, welche dieser Gefahr entgegen gestellt werden kann. Sie bewährt sich auch jetzt wieder in der Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage, deren vollständige Lösung nur von einem einheitlich organisirten Deutschland zu gewärtigen ist. Es ist somit Pflicht jedes deutschen Mannes, nach Kräften mitzuwirken für di-

Schaffung einer deutschen Centralgewalt und eines deutschen Parlamentes."

Braunschweig, 11. April. Eine Petition mit zahlreichen Unterschriften forderte die Kammer auf, bei der Regierung die Unterstützung der auf die Gründuug einer Centralgewalt und gesammtdeutschen Volksvertretung gerichteten Bestrebungen zu beantragen. Der Bericht der betreffenden Commission schlägt vor, die Petition der Berücksichtigung der Regierung zu empfehlen und weist besonders auf die Uebertragung der Führung des Bundesheeres durch Preußen hin.

Oesterreich. Aus Pesth (d. 12.) wird gemeldet: Die Theilung in Parteien ist bereits eingetreten. Die Magnatentafel will auf die Gesetze vor 1848 zurückgehen, die liberale Partei an den Gesetzen von 1848 festhalten.

Frankreich. Von den in Paris lebenden Russen gehört eine große Zahl dem konstitutionell-monarchischen Prinzip an. Sie sprechen sich dahin aus, daß der Kaiser den Polen eine Verfassung gebe, erklären aber, daß jeder russische Souverän, der die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens, und wäre es auch mit einem russischen Großfürsten, versuchen sollte, Thron und Leben aufs Spiel setzen würde. In der französischen Presse tritt immer lauter die Klage auf, daß der Widerstand der russischen Regierung in Warschau besonders preußischem Einfluß zu verdanken sei. Die Russen selbst stellen dies nun in Abrede, indem sie hervorheben, daß die polenfeindliche Partei in Petersburg keinerlei Anregung von außen her bedurfte, um die Regierung an die Nothwendigkeit eines Widerstandes zu mahnen. In der Pariser Presse nimmt die polnische Propaganda große Verhältnisse an. Ich brauche wohl nicht erst besonders hervorzuheben, daß sämmtliche sogenannte Warschauer Korrespondenzen in den Pariser Blättern in Paris geschrieben werden. Die im „Journal des Debats" schreibt Fürst Ladislaus Czartoryski selbst. — Der im strengerem Sinne offiziöse „Constitutionnel" soll angewiesen worden sein, sich über die polnische Frage mit der größten Vorsicht zu äußern, und auch den illustrirten Blättern bleibt es untersagt, Abbildungen der Warschauer Vorfälle zu bringen. Nach Allem ist anzunehmen, daß der Kaiser die Sache der Polen nicht viel anders behandelt, als sein Oheim; er benutzt sie für seine politischen Kombinationen, ohne ihr eine selbständige Bedeutung einzuräumen. Vielfach wird hier angenommen, daß die Warschauer Vorgänge wieder ein engeres Verhältniß zwischen Frankreich und England begründen, andererseits aber die östlichen Mächte einander näher führen würden. Bei Oesterreichs Ohnmacht jedoch ist es wenig wahrscheinlich, daß Rußland sich mit Verpflichtungen nach dieser Seite beladen wird, zumal es im eigenen Hause alle Hände voll zu thun hat. — Großes Aufsehen macht eine in Paris am 13. veröffentlichte Broschüre des Herzogs v. Aumale, dritten Sohnes Louis Philipps. Sie führt den Titel: „Lettre sur l'histoire de France", ist unterzeichnet Henri d'Orleans, und enthält in der Form eines offenen Briefes an den Prinzen Napoleon eine Protestation gegen die Beschuldigungen, welche derselbe in seiner Senatsrede gegen die ältere Dynastie erhoben hat. Die Sprache ist eine höchst unumwundene, und seit langen Jahren hat man in Frankreich Dinge, wie sie in der Broschüre gesagt sind, nicht mehr zu lesen bekommen. Die persönlichen Anspielungen und Angriffe sind eben so zahlreich als pikant, und hierauf beruht der Erfolg wohl mehr, als auf der politischen Basis, von der aus der Repräsentant des Hauses Orleans seine Angriffe gegen die bonapartistischen Ideen ausführt. Die Schrift ist bereits (d. 15.) in Beschlag genommen.

Großbritannien. In der Unterhaussitzung am 12. versprach Russel auf eine desfallsige Interpellation Baillie's die Vorlegung eines Theils der Correspondenz mit Preußen und Dänemark über Holstein, aber nicht der ganzen, weil die Unterhandlungen noch fortdauern. Es seien durch die deutschen Volksvereine, welche die Vereinigung Schleswigs mit Deutschland verlangen, Schwierigkeiten geschaffen. England werde einer solchen anomalen Situation nicht zustimmen. — Das Königreich Italien ist von England offiziell anerkannt. — Der Strike der Baugewerke ist nicht zu Ende, vielmehr haben die Vereine beschlossen, lieber alle Arbeiten einzustellen, als sich zur Stundenzahlung zu bequemen. Andererseits erklären die Haupt-Bau-Firmen, an ihrem vorgeschlagenen Compromiß standhaft festhalten zu wollen. Sie können dies um so leichter, als viele bisher den Vereinen angehörige Arbeiter dem Compromiß hold sind, sich von den Vereinen lossagen wollen und zum Theil auch schon losgesagt haben.

Italien. Turin. Die „Gazetta del Italia" veröffentlicht ein Decret, durch welches die Bildung von drei Divisionen Freiwilliger angeordnet wird. Garibaldische Offiziere werden darin Anstellung finden. — Wie die „Italia" meldet, hat der König am 12. April ein auf das süd-italienische Heer bezügliches Decret unterzeichnet, dessen Bestimmungen, wie das erwähnte Blatt meint, vermuthlich die Freiwilligen zufriedenstellen werden. Die „Italia" fügt hinzu, das Zerwürfniß zwischen Garibaldi und der Mehrheit der Kammer sei in befriedigender Weise beigelegt. — Die Nachrichten, welche am 8. aus Neapel hier angekommen sind, haben die Gemüther erregt. Es wurden außer dem Herzoge Cazaniello und dem Bischofe Trotta vierzig bewaffnete Männer festgenommen. In Castiglione (Abruzzen) und in Vico (Capitanata) brach ein Aufstand aus, der um so leichter bezwungen werden konnte, als die Bevölkerung sich nicht dabei betheiligt hatte. In Sicilien hat die Lage sich bedeutend gebessert. Die Behörden legen lobenswerthen Eifer an den Tag; eine große Anzahl von gemeinen Verbrechern, welche die bourbonische Regierung kurz vor ihrem Falle in Freiheit gesetzt hatte, sind wieder in die Hände der Justiz gefallen, darunter einige renommirte Uebelthäter, welche ihr Unwesen trieben. — Die in Neapel lebenden Mitglieder des deutschen Nationalvereins, 70 an der Zahl, haben beschlossen, wenigstens alle vier Wochen zu einer Besprechung zusammenzukommen. — Turin. In der Sitzung des Senats am 9. brachte nach der Debatte über die römische Frage der Senator Musio auch das Gerücht zur Sprache, daß die Regierung mit Frankreich wegen Abtretung der Insel Sardinien in Unterhandlungen stehe. Graf Cavour stellte auf die entschiedenste Weise jede solche Absicht in Abrede und bezeichnete jenes Gerücht einfach als Wahlmanöver der extremen Partei auf der Insel Sardinien, welches jedoch selbst dort so wenig Erfolg hatte, daß jene Partei kaum zwei oder drei ihrer Kandidaten bei den allgemeinen Wahlen durchsetzte. — Die letzten Nachrichten aus Neapel sind sehr betrübend, obwohl nicht von der Art, ernstliche Besorgnisse zu erregen. Eine weitverzweigte bourbonische Verschwörung war auf dem Punkte auszubrechen, und das Signal dazu sollte eine Feuersbrunst in der Tabaksfabrik im sogenannten Serraglio zu Neapel geben. Das Feuer brach wirklich aus, aber die Regierung hatte schon ihre Maßregeln getroffen, um jede Unordnuug zu verhindern. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Doch überall zeigte sich die Bevölkerung bereit, mit der Regierung gemeinschaftliche Sache zu machen; besonders die Nationalgarde von Neapel, aus dem intelligentesten und bestgesinnten Theile der Bevölkerung zusammengesetzt, benahm sich bei dieser Gelegenheit, wie bei allen früheren ähnlichen Anlässen, musterhaft. Auch die Einreihung der neapolitanischen Soldaten in das italienische Heer geht jetzt trefflich von Statten, nachdem die Regierung die älteren meist verheiratheten Soldaten, die ohnehin keinen militärischen Geist hatten, von ihrer Dienstflicht befreit hat. Auch in Umbrien und in den Marken findet die Militärausbebung keine Hindernisse. Die jungen Leute stellen sich überall bereitwillig und freudig; Die Zahl der Renitenten ist äußerst gering. Auch der Wiedereintritt der Freiwilligen, welche jüngst ihre Entlassung aus dem Heere genommen hatten, gewinnt wieder einen guten Fortgang und die meisten nehmen von Neuem Dienst auf drei Jahre. So traten vor einigen Tagen 200 Freiwillige wegen beendigter Dienstzeit aus dem hier garnisonirenden Regimente Husaren von Piacenza aus, und jetzt sind schon fast alle wieder in andere Regimenter auf drei Jahre eingereiht. Viele dieser Freiwilligen ließen sich Anfangs durch mazzinistische Einflüsterung bestimmen; sie fanden sich aber bald in den in ihnen erregten Erwartungen getäuscht und kehrten zum Militärdienste zurück.

Rußland. Warschau. Die „Brel. Ztg." vom 14. theilt mit: Die Verhaftungen dauern fort und ist bereits eine große Anzahl von Personen, die in jüngster Zeit eine antigouvernementale Rolle gespielt, darunter zwei Mitglieder der früheren Bürgerdelegation, gefänglich eingezogen worden. Graf Zamoyski soll die Anweisung erhalten haben, Warschau zu verlassen. Der Fürststatthalter ist für Niemanden sichtbar; selbst hochgestellte Persönlichkeiten haben vergeblich Audienzen nachgesucht. Die energische Haltung wird dem Einflusse des General Chruleff zugeschrieben. — Aus Rußland treffen immer neue Regimenter in Polen ein. — Daß zwei Söhne des israelitischen Commerzienraths Herrn Epstein, Präses des Verwaltungsrathes der Warschau-Wiener Eisenbahngesellschaft, die Eisenbahnbeamten gegen ihre deutschen Kameraden und Vorgesetzten aufzustacheln gesucht und dadurch Reibungen im Bahnpersonale herbeigeführt haben, ist ein zu characteristisches Zeichen der Zeit als daß ich es übergehen könnte. Die den Russen sehr ergebene Familie, welche die Conzession zur Eisenbahn gerade nur wegen dieses Umstandes und wegen ihrer Allianz mit drei schlesischen, also deutschen Herren erhielt, will sich jetzt auch ultrapolnisch-patriotisch zeigen, und die Herren Söhne, welche in Abwesenheit des Vaters an Ostern im Hause die Wirthe zu spielen hatten, erlauben sich, die Deutschen als ein Geschwür am Bahnkörper zu bezeichnen, das abgeschnitten werden solle! Wir begnügen uns damit, diese Thatsache hier zu erwähnen. — Die Nachricht von den blutigen Ereignissen in Warschau hat in Kalisch eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Bei Ankunft der Warschauer Post steht die Menge vor dem Postgebäude, und die neuesten Meldungen werden vom Balcon herab vorgelesen. Das Militär hat Ordre erhalten, gegen Tumultuanten scharf einzuschreiten. Die Patrouillen sind verstärkt, inzwischen verrichtet noch die Bürgerwache mit Einverständniß des commandirenden Generals ihren Dienst. Ebenso ist die Bürgerdelegation noch in Thätigkeit und mit bestem Erfolge bemüht, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Heute soll eine große Kirchenfeier stattfinden. — den 12. Die Noth unter der arbeitenden Klasse ist groß. Der Handel stockt, die Handwerker klagen über Mangel an Arbeiten, die Fabriken beschränken ihren Betrieb, eine Menge von Leuten geht arbeit- und brodlos umher. Der Fürst Statthalter hat in Folge dessen, um dem Handwerkerstande und den Arbeitern hiesiger Stadt Gelegenheit zum Erwerb zu geben, die Ausführung von mehreren größeren Arbeiten und Lieferungen auf Kosten des Fiskus angeordnet und den Magistrat angewiesen, sofort die in der desfallsigen Verfügung näher bezeichneten Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen, und die Lieferungen auszuschreiben. — Das Militär welches bekanntlich seit längerer Zeit, namentlich aber seit dem 8. Straßen und Plätze besetzt hielt, ist am 12. großentheils zurückgezogen worden. Doch werden in den Redoutensälen des Theatergebäudes und noch in anderen Staatsgebäuden zur Unterbringung von Militär Einrichtungen getroffen. -- Wie der „Bresl. Ztg." geschrieben wird, soll in der Stadt Kielce das Volk nach Vertreibung des dort garnisonirenden Militärs sich verbarrikadirt haben; 4000 Mann sollen jetzt dorthin gezogen sein um die Ruhe wieder herzustellen. — Nach einer Meldung aus Warschau vom 14. Abends ging daselbst das Gerücht von dem Eintritt zweier beliebten Persönlichkeiten in den Staatsdienst. Graf Zamoyski soll in den Staatsrath berufen sein und Michael Lewinski den Geheimrath Mukhanoff ersetzen.

Türkei. Der Prozeß der Drusen-Häuptlinge ist beendet. 170 von ihnen wurden verbannt, und auf einer türkischen Fregatte nach der Insel Candia eingeschifft, wo sie ihre Strafe abzubüßen haben. Was die zum Tode Verurtheilten betrifft, so ist in der Vollziehung des Urtheils eine Verzögerung eingetreten, indem der

Vertreter Englands Revision verlangte. Dieser Antrag hat eine lange Diskussion im Schooße der Kommission herbeigeführt, und es wurde beschlossen, daß der Sultan sich darüber als letzte Instanz aussprechen sollte.

Provinzielles.

Culm, 12. April. Der Rechts-Anwalt Knorr hieselbst ist zum Justizrath ernannt worden. Derselbe verwaltet seit einer Reihe von Jahren das Syndikat der Stadt und hat sich durch seine eifrige Sorge um das Wohl derselben die allseitige dankbare Anerkennung seiner Mitbürger erworben. Magistrat und Stadtverordnete sandten deshalb heute an ihn Deputationen, um ihn beglückwünschen zu lassen.
(Gr. Ges.)

Marienwerder, den 12. April. Der ehemalige Post-Expeditionsgehilfe Peter, von dessen Freisprechung vor dem Schwurgericht in diesen Blättern berichtet war, ist nun vom hiesigen Kreisgerichte wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder zu 6 Monaten Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf ein Jahr verurtheilt worden. Bei der ersten Anklage wegen Urkundenfälschung handelte es sich um die gewinnsichtige Absicht, welche von den Geschwornen nicht angenommen wurde; bei der Unterschlagung kam es in juridischer Beziehung auf den „Nachtheil des Eigenthümers“ an, wobei es allerdings nicht maßgebend sein kann, daß nachträglich eine Deckung des Deficits aus der Caution erfolgt ist. Von Seiten der Vertheidigung wurde angeführt, daß in diesem Falle der Postkasse sogar ein Vortheil erwachsen sei, nämlich aus den Procuragebühren, und es ist von Bedeutung, daß eine Absicht, den Eigenthümer zu schädigen, hier schwerlich nachgewiesen ist. Da die Gerichte einer anderen Provinz eine andere Praxis auf diesem Gebiete befolgen sollen, der vorliegende Fall auch sonst interessant ist, so ist man auf die Entscheidung der höhern Instanzen gespannt.
(Gr. Ges.)

Marienburg, 10. April. (N. E. A.) Durch die Verlegung des Postamtes nach der Stadt, die im Herbste erfolgen soll, erfüllt der Herr Handelsminister v. d. Heydt einen unserer gerechtesten Wünsche, ebenso erfahren wir, daß der Herr Handels-Minister sich für die Förderung eines industriellen Unternehmens am hiesigeu Orte geneigt gezeigt, möchte derselbe doch auch sein Augenmerk auf unsere durch die Coupirung der Nogat ruinirte Schiffahrt, die Hauptlebensader Marienburgs und Elbings, lenken und zuvörderst auch bestimmen, daß die Krähne an der Eisenbahnbrücke so eingerichtet werden, daß sie bei jedem Wasserstande benutzt werden können. „Er muß aufs Land“, spricht unser Rayon-Gesetz, unter dem wir nutzlos ein Menschenalter hindurch schmachten, und das jede Ausdehnung der Stadt, jeden Bau in den Vorstädten beschränkt. Einem achtbaren Töpfermeister, der an der einen verwitterten Ringmauer der inneren Stadt seinen Brennofen hatte, wird die Wiederherstellung des untauglich gewordenen Ofens nicht gestattet, ebensowenig bekommt er einen Bauconsens auf den Vorstädten, was bleibt da übrig, er verläßt die Stadt. Dabei scheint aber nichts weniger wie die Befestigung fester Plan zu sein, denn wäre auch nur die Brückenkopfsbefestigung bestimmt beschlossen, so würde man die schöne Ruine des schwedischen Thors, die unbedingt mit zur Befestigung käme, nicht verfallen lassen. — Den 14. April. Unser Gymnasium ist in steter Zunahme der Schülerzahl begriffen; sie beträgt gegenwärtig schon 234 Schüler. Außer dem Direktor unterrichten an der Anstalt 3 Oberlehrer, 3 Gymnasiallehrer, 2 Lehrer der Vorbereitungsklassen und 2 technische Lehrer und steht die Wahl eines vierten Gymnasiallehrers in Aussicht. — Ein merkwürdiger Vorfall ereignete sich im hiesigen Seminar. Es hatten in dieser Woche zur Schullehrerprüfung sich 9 Extranei gemeldet (d. h. solche Candidaten, die in keinem Seminar ihre Ausbildung gehabt), und fielen sie sämmtlich ihrer ungenügenden Kenntnisse wegen durch. Im vorigen Herbst fielen bei einer ähnlichen Prüfung von 100 Bewerbern 77 durch, wobei wir noch bemerken, daß durch die Schulregulative das Quantum des erforderlichen Wissens solcher Candidaten um Vieles ermäßigt worden.

Elbing, den 15. April. Die Königliche Regierung zu Danzig hat an Stelle des Herrn Pfarrers Riebes in Fürstenau, der seine Entlassung gewünscht hat, den Herrn Prediger Dr. Lenz zu St. Annen zum Schulinspektor des Elbinger Kreises ernannt. — Vom oberländischen Kanal sind in den letzten Tagen bereits 5 Schiffe hier angelangt. Das großartige Werk ist also in allen seinen Theilen als gelungen und der Verkehr auf demselben als eröffnet zu betrachten. Wir erhalten dadurch eine direkte Wasserverbindung, welche durch die Schiffe des Herrn Kardinal aus Dt. Eylau nach Bischofswerder, Löbau, Neumark und Dt. Eylau und durch den Schiffer Gründler nach Osterode unterhalten werden wird. — Der Plan in Kahlberg auf Aktien Häuser zu bauen hat soviel Unterstützung gefunden, daß wenigstens ein Gebäude zu 4 Wohnungen und vielleicht noch ein kleineres für 2 Familien errichtet werden wird.
(N. E. A.)

Lokales.

Die Petition, welche von den hiesigen Stadtverordneten wegen der Polenfrage an das Abgeordnetenhaus gerichtet worden ist, lautet folgendermaßen:

Der bei dem hohen Hause der Abgeordneten eingebrachte Antrag der Abgeordneten Dr. v. Niegolewski und Genossen würde, wenn eine Möglichkeit seiner Annahme vorläge, den eingreifendsten Einfluß nicht blos auf den Staat, sondern auf jede einzelne Gemeinde der betreffenden Gegenden ausüben. Deshalb halten es die unterzeichneten Stadtverordneten der alten deutschen Stadt Thorn ebenso für ein Gebot der Ehre und der Pflicht, als in vollster Uebereinstimmung mit §. 35 der Städte-Ordnung, auch dem glücklicher Weise aussichtslosen Versuche mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten der die Einheit des preußischen Staates und die Zugehörigkeit der einst von der Krone Polen beherrschten Landestheile zu Preußen antastet.

Eine geordnete Staats- und Gemeinde-Bildung, Recht und Gesetz, geregelter Landbau, Gewerbthätigkeit und jede Art von geistiger Bildung haben in dem Weichselgebiete erst dann Wurzel geschlagen, als der deutsche Ritterorden und der Bürgersinn der deutschen Hansa Burgen und Städte gründete. Und so festen Fuß hatte vom 13. bis 15. Jahrhundert deutsches Leben und Wesen hier gefaßt, daß auch dann noch, als große Theile der jetzigen Provinz Preußen den König von Polen auf dem vertragsmäßigen Grunde reiner Personalunion zu ihrem Schutzherrn erwählten, dennoch die deutsche Bildung in jeder Beziehung die maßgebende und stetig vorschreitende blieb. Wohl gelang es der List und der Gewalt die vertragsmäßige Personalunion allmählich zu unterwühlen und einer thatsächlichen, aber nie rechtlichen Einverleibung in die Republik Polen mehr und mehr anzunähern. Aber auch dann noch hielten die deutschen Bewohner Preußens nicht nur an ihrer Nationalität unter den schwersten Opfern und Kämpfen unverbrüchlich fest, sondern sie bewahrten und verbreiteten auch allein alle Keime höherer geistiger und politischer Bildung. Durch die Ereignisse von 1772, 93, 95 wurde unsere Heimath nur in ihren höchsten und heiligsten Interessen gefördert, denn sie kehrte unter eine stammverwandte Regierung und zu ihren deutschen Brüdern zurück. Auf das kurze Scheinleben des Herzogthums Warschau folgte, begrüßt von dem Jubel ganz Preußens, die glanzvolle Herstellung der preußischen Herrschaft. Seitdem ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen: weite Bezirke, ländliche wie städtische, die innerhalb der Grenzen von 1772 fallen, haben kaum eine Spur von Polenthum, wenige Bezirke ein numerisches Uebergewicht desselben aufzuweisen; aber alles geistige und materielle Besitzthum, welches seitdem zu neuer Blüthe gediehen, ruht zum bei Weitem größten Theile in deutscher Hand.

Ein solcher Entwickelungsgang läßt sich nicht rückgängig machen. Darum haben auch die Wiener Verträge, auf welche sich der Niegolewskische Antrag bezieht, mit klaren Worten nur die größten Erleichterungen für den Grenzverkehr und alle merkantilischen Beziehungen, die auch wir lebhaft wünschen, zugesichert, im Uebrigen aber sich auf die vieldeutige Verheißung nationaler Institutionen und Verfassungen — nicht einer Verfassung mit politisch territorialer Einheit — beschränkt.

Was im Jahre 1815 unausführbar erschien, ist im Jahre 1861 unmöglich. Daß der Niegolewskische Antrag einen unmittelbaren Angriff gegen den ersten Paragraphen der preußischen Staatsverfassung enthält, wird das hohe Abgeordnetenhaus in gebührende Erwägung ziehen. Wir aber legen lautes Zeugniß ab, daß die Gemeinde, welche wir zu vertreten die Ehre haben, nichts wissen will von polnisch nationalen Institutionen und Verfassungen; daß wir in den Forderungen, welche von Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses polnischer Herkunft erhoben werden, einen geschichtlich und gesetzlich gleich unberechtigten Anspruch erblicken; daß wir zu Preußen und mit Preußen zu Deuschland fest und treu halten wollen, was auch die Zeit bringen mag.

Wir stellen deshalb schließlich an das hohe Haus den Antrag:

dasselbe wolle über den Niegolewskischen Antrag nicht zur einfachen Tagesordnung übergehen, sondern ihn in solcher Weise und Form abweisen, wie dies die Würde des preußischen Staates und die erprobte preußische Treue unserer Provinz erheischt.

— **Handwerkerverein.** Donnerstag den 18.: Vortrag des Hrn. G. Prowe über Arbeit und Bildung nach einem Aufsatze von Schulze-Delitsch. — Ferner: Besprechung über Pässe und Paßkarten.

— **Zur Petition der Stadtverordneten.** Wir haben unsere formalen Bedenken gegen die vorstehend mitgetheilte Petition der Stadtverordneten, der wir anderseits aus ganzem Herzen zustimmen, in vor. Num. ausgesprochen. Von befreundeter Hand geht uns eine Zuschrift zu, welche jene Bedenken zu beseitigen sich bemüht und das Vorgehen der Stadtverordneten als berechtigt darlegt. Wir halten deshalb die Zuschrift der öffentlichen Kenntnißnahme werth. Sie lautet:

Die letzte Nummer d. Bl. brachte einen Artikel über die Seitens der Stadtverord.-Vers. an das Haus der Abgeordneten gerichtete Petition gegen den bekannten Niegolewskischen Antrag. Es sei gestattet nun auch eine diesem Artikel entgegenstehende Ansicht über die Sache zu äußern.

Wir sind ganz damit einverstanden, daß Magistrat und Stadtverordnete nicht Politik treiben sollen. Dahin geht auch offenbar der Sinn des §. 35 der Städte-Ordnung. — Aber Politik — treiben kann es nicht genannt werden, wenn eine Gemeinde als solche sich gegen die Tendenz eines Antrages erklärt, der, so verdeckt wie er auch auftreten mag, ganz offenbar darauf abzielt, eine ganze Provinz von ihrer Verbindung mit dem Vaterlande abzutrennen. Der Staat besteht aus Gemeinden, sie sind seine Grundlage. Darum aber sind sie nicht politische Vereine. Wohl aber sind sie und kein anderer Verein, diejenigen historisch gewachsenen, (nicht politisch geschaffenen) Vereinigungen, in denen ausschließlich das geschichtliche Leben des Staates mit seiner Vergangenheit und Gegenwart zum Bewußtsein, zur Geltung gelangt.

Ein einzelner Bürger oder 100 einzelne Bürger einer Stadt, haben keine Geschichte; aber eine Stadtgemeinde hat sie, und ihre gesetzlichen Vertreter werden sich dessen immer bewußt sein. Unsere alte Stadt und die Provinz Westpreußen sind nicht durch willkührliche Annexion mit dem Staate Preußen und mit dem deutschen Gesammt-Vaterlande zusammengekittet, sondern sie sind mit ihnen politisch entstanden und gewachsen; sie sind wenn auch zeitweise von ihnen getrennt, der geschichtlichen Nothwendigkeit folgend, wieder mit ihnen als unentbehrliches Glied vereint. So etwas erlebt nicht eine einzelne Person, gleichviel ob sie Bürger oder Wahlmann heiße — so etwas erlebt nur eine Stadt-Gemeinde in ihrer Gesammtheit. —

Der Niegolewskische Antrag aber tritt diesem zur Geschichte gewordenen Leben unserer Stadt nicht minder wie den thatsächlich nun einmal bestehenden Verhältnissen mit einer Leichtfertigkeit und Naivität entgegen, wie sie selten in dieser Weise sind geboten worden. Er will, um es mit kurzen Worten zu sagen, die Geschichte corrigiren.

Wer soll dem entgegentreten? Etwa 500 einzelne Bürger von Thorn? Das wäre doch nur immer eine Fraction und nichts weiter als eine in sich nicht zusammenhängende Masse, und man könnte fragen, ob sie wirklich legitimirt wären, im Namen und im Sinne einer Stadt von 12,000 Einw. zu sprechen. Anders ist es mit den Vertretern der Stadt, welche durch das Gesetz und das Vertrauen der Mitbürger berufen sind. Wenn diese Vertreter sich in ihrem Gewissen gedrungen fühlen eine Erklärung darüber abzugeben, wie sie zum Hause der Hohenzollern und zum Vaterlande stehen, gegenüber einem Niegolewskischen Antrage, der eine indirecte Verdächtigung der Stadt und Provinz enthält, dann kann kein einsichtiger wirklich meinen, daß hierin Dasjenige liege, was man so gemeinhin Politik — Treiben nennt. Und welcher Gesetzgeber hätte wohl so rigorose sein wollen, einer Stadt eine derartige Erklärung ihres Sinnes schlechthin unmöglich zu machen? Soll denn etwa eine Gemeinde als solche, namentlich aber eine Stadt-Gemeinde durchaus nicht das Bewußtsein haben, daß sie ein Theil eines großen Ganzen ist? Soll sie sich bei keiner Petition betheiligen, welche mit ihrem innern und äußern Leben zusammenhängt?

Die Petition hat aber noch eine praktische Seite. Unsere Provinz ist so sehr daran gewöhnt zu schweigen, wo es an der Zeit wäre ein ernstes Wort zu sprechen, daß es Niemand mehr auffällt, wenn sie überhaupt schweigt. Daher kommt es denn auch, daß sie vielfach verkannt wird. Man soll und darf aber reden, wo man ein Recht und einen Anlaß hat und wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Unsere Brüder am Rhein sollen wissen, daß an der Weichsel auch Deutschland ist. Wenn diese Provinz ihre Stimme zu richtiger Zeit erhoben hätte, wenn ihr Verhältniß zum Gesammtvaterlande klar dargelegt worden wäre, dann würde sie längst schon wie andere Provinzen, deren Berechtigung eine vielleicht zweifelhaftere sein dürfte, (Schlesien, Pommern) in das Gebiet des deutschen Bundes aufgenommen sein und nicht unter einer Ausnahmestellung leiden, die ungerechtfertigt ist und zu mancher mißverständlichen Auffassung Feinden und Freunden Gelegenheit giebt.

— **Theater.** Montag, den 15. wurde zur Abschiedsvorstellung des Hrn. Hock gegeben: „Der Prozeß um die Krebsmühle,“ Histor.-Lustsp. in 4 Akten von H. Hersch. Ein unglücklicheres Süjet als den bekannten Müller Arnold'schen Prozeß konnte der Verf. nicht wählen, um Friedrich den Großen als Regenten zu schildern. Das Verfahren des großen Königs in diesem Prozesse war, obschon er von den besten Absichten geleitet wurde, doch ein Akt orientalischer Justiz, den sein Nachfolger sofort bei seinem Regierungsantritte gegen die ungerecht bestraften Richter zu sühnen sich beeilte. Manches gute Wort des Königs bringt das Stück zwar in Erinnerung, aber im

Ganzen ist dasselbe langweilig, weil der Stoff für vier Akte nicht ausreicht. Gegen die Aufführung läßt sich Nichts sagen, namentlich war die Maske des Hrn. Hock, welcher den König darzustellen hatte, sehr gelungen. Dem ersten Stücke folgte die bekannte Schneider'sche Posse: „Fröhlich", die aber sehr „über's Knie gebrochen" wurde. Zum Schlusse wurde Hr. Hock gerufen, der in Versen für die ihm seitens des Publikums zutheilgewordene Theilnahme dankte.

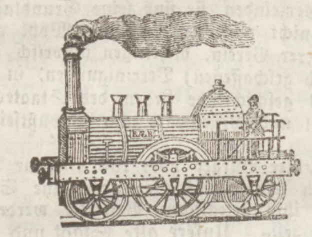
Inserate.

Heute Morgens früh 4 Uhr starb nach kurzen Leiden unser lieber Gatte und Vater der Nagelschmiedemeister **Johann August Lauterbach** im 29. Lebensjahre am Blutschlagfluß. Dieses zeigen tief betrübt um stille Theilnahme bittend an **die Hinterbliebenen.**

Thorn, den 17. April 1861.

Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittag um 4 Uhr statt.

Bromberg-Thorner-Eisenbahn.



Bekanntmachung.

Die Anfuhr von 13,500 Stück Mittel- und Stoßschwellen, und zwar:

1) 6000 Stück für die Strecke von Stat. 0 bis 150 Sect. V von den Weichselablagen bei Getau und Katrinchen resp. Sandkrug;
2) 6500 Stück für die Strecke von Stat. 150 Sect. V bis Station 100 Section VI von den Ablagen bei Philippsmühl und Nieczewsken resp. Bahnhof Czirpitz;
3) 1000 Stück für die Strecke von Stat. 80 bis 108 Section VII von Bahnhof Thorn resp. Weichselablage bei Dybow

soll im Wege der öffentlichen Submission in fünf Loosen vergeben werden.

Es ist hierzu ein Termin auf

Sonnabend den 20. April d. J.,

Vormittags 10 Uhr

im hiesigen Streckenbüreau angesetzt und werden cautionsfähige Unternehmer zur Abgabe ihrer Offerten, welche mit der Aufschrift:

„Offerte auf Anfuhr von Schwellen für die 2. Baustrecke der Bromberg-Thorner-Eisenbahn"

versehen sein müssen, aufgefordert.

Die der Submission zu Grunde gelegten Bedingungen können im diesseitigen Streckenbüreau eingesehen werden.

Podgorz, den 16. April 1861.

Der Streckenbaumeister.

gez. *Jaedicke.*

Vorschußverein.

In dem ersten Vierteljahr 1861 haben betragen:
die Einlagen der Mitglieder 97 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf.,
die aufgenommenen Darlehen 2161 Thlr.,
die Einnahme an Zinsen 75 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf.,
die geleisteten Vorschüsse 3372 Thlr. 29 Sgr.,
die zurückgezahlten Darlehen 725 Thlr.,
die Gesammt-Einnahme 4368 Thlr. 27 Sgr. 4 Pf.,
die Gesammt-Ausgabe 4135 Thlr. 15 Sgr. 2 Pf.,

Thorn, den 17. April 1861.

Der Ausschuß.

Sonntag, den 21. d. Mts.

Auf vielseitiges Verlangen wegen des kühlen Wetters

Concert und Tanzvergnügen

im Hôtel de Danzig

Zaorski.

Wasserheil-Anstalt.

in **Charlottenburg**, ½ St. von Berlin und am Thiergarten reizend gelegen. Billige Pension.

Dr. Eduard Preiss.

Rheinische Brust-Caramellen

n. d. Composition d. K. Professors **Dr. Albers zu Bonn.**

Diese rühmlichst bekannten **ächten** Rheinischen Brust-Caramellen haben sich durch ihre hervorragende Qualität bei allen Consumenten ungewöhnlichen **Ruf** und **Empfehlung** erworben und werden in versiegelten **rosarothen** Düten à 5 Sgr., auf deren Vorderseite sich die bildliche Darstellung **„Vater Rhein und die Mosel"** befindet, nach wie vor ausschließlich **ächt** verkauft bei *D. G. Guksch.*

Als ein schätzbares Hausbuch, wodurch alle Krankheiten geheilt werden können, ist zur Anschaffung jedem Familienvater zu empfehlen:

Die achte! 6000 Exemplare starke Auflage von

Der Leibarzt, oder (500) beste

Hausarzneimittel

gegen 145 Krankheiten der Menschen.

Als: Magenschwäche, — Magenkrämpfe, — Diarrhöe, — Hämorrhoiden, — Hypochondrie, Gicht, Rheumatismus, — Engbrüstigkeit, Verschleimung des Magens und des Unterleibes, — Harnverhaltung. — Verstopfung, — Kolik, — galante Krankheiten, wie auch alle Hautkrankheiten; ferner 24 allgemeine Gesundheitsregeln, — Kunst, ein langes Leben zu erhalten und **Hufeland's Haus- und Reiseapotheke.**

Achte Aufl. Preis **15** Sgr.

Ein solcher Hausdoctor sollte billig in keinem Hause, in keiner Familie fehlen, denn mit einem einfachen, guten Hausmittel kann man in den meisten Fällen den Krankheiten abhelfen. Das Buch ist in 25000 Exemplaren verbreitet.

Vorräthig bei **Ernst Lambeck.**

Die Preußischen Gesetze über

die Verjährung.

Mit Ergänzungen und Erläuterungen, insbesondere die

Entscheidungen des Königlichen Ober-Tribunals,

herausgegeben von C. Hahn Königl. Staats-Anwalt. Preis 12½ Sgr.

Vorräthig bei *Ernst Lambeck.*

Zeige hiermit ergebenst an, daß ich in Thorn Brückenstraße Nro. 28 ein Mehl-Niederlage angelegt habe und verkaufe zu folgenden Preisen:

Preis-Courant

der

Chobieliner Mühlen-Fabrikate ohne Verbindlichkeit

				Thlr.	Sgr.
Weizen-Mehl	Nr.	I	à 100 Pfd.	7 Thlr.	18 Sgr.,
"	"	II	"	7 "	4 "
Kleie			"	1 "	10 "
Roggen-Mehl	Nr.	I		4 "	5 "
"	"	II		3 "	23 "
"	"	V	gemengtes	3 "	9 "
"	"	III		2 "	29 "
Futter-Kleie	"			1 "	20 "
Gerst-Grütze	"	I		5 "	4 "
"	"	II		4 "	20 "

M. A. Falckenberg.

Anzeige für die Herren Oeconomen.

Ich offerire hiermit feingemahlenes *Strassfurther Abraum Düngersalz 13 Procent Kaly* enthaltend, als ganz vorzügliches Düngmittel zu dem festen Preise von *9 Sgr. pr. Centner* ab hier und führe Bestellungen prompt aus. Agenten die den provisionsweisen Verkauf dieses Artikels besorgen wollen, können sich brieflich melden.

Magdeburg, im März 1861.

Fr. Wilh. Schulz.

Dampfer „Thorn".

Abfahrt nach Bromberg jeden Montag, Mittwoch und Sonnabend des Morgens 9 Uhr. Preis für Passagierbeförderung 1 Thlr. 50 Pfd. Gepäck frei. Preis für Frachtgüter 5 Sgr. resp. 3 Sgr. pro Centner.

Expedition und Frachtanmeldungen bei

Julius Rosenthal,

Brückenstraße Nr. 33.

Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

zu Berlin,

bestätigt durch Allerhöchsten Erlaß vom 18. Oktober 1860.

Grund-Kapital: Eine Million Thaler Preußisch Courant.

Nachdem ich zum Agenten obiger Gesellschaft ernannt und von der Königl. Regierung als solcher bestätigt bin, halte ich mich zum Abschluß von Versicherungen für dieselbe bestens empfohlen.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuerschaden, sowohl in Städten als auch auf dem Lande **bewegliche Gegenstände aller Art**, ebenso **Immobilien**, soweit es gesetzlich gestattet ist; hinsichtlich der letztern hat sie in ihren Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen besonders **versorgliche Bestimmungen für die Hypothek-Gläubiger** getroffen. Die **Bedingungen** sind **klar** und **einfach**, die **Prämien** den Gefahren entsprechend und fest, so daß unter keinen Umständen Nachzahlungen vom Versicherten gefordert werden können.

Zur Ertheilung jeder näheren Auskunft bin ich mit Vergnügen jederzeit gern bereit.

Thorn, den 12. Februar 1861.

C. Augstin.

Eine große Auswahl der modernsten **En-tout-cas** und **Knicker** empfing und empfiehlt billigst **C. Petersilge.**

Zu kaufen wird gesucht: **ein Blasebalg, Amboße** und **Schlosserhandwerkzeug** durch **A. Henning.**

Catharinen-Pflaumen à 5 Sgr., **französische Anthony-Pflaumen** à 3 Sgr. pr. Pfd. empfiehlt beide Sorten sehr schön

Eduard Seemann.

Ein **Lehrlin** für mein hiesiges Geschäft wird zu engagiren gesucht.

Julius Rosenthal.

Ein gesitteter Knabe von ordentlichen Eltern, welcher Lust hat die Conditorei zu erlernen, findet sogleich eine Stelle bei

E. Wengler,

Conditor in der Breitenstr.

Maitrank billigst bei Herrm. Petersilge Neust. 83.

Wohnungen

für die Mitglieder der Kunstreiter-Gesellschaft des Herrn Charles Hinné werden gesucht, und bittet man, Adressen in der Expedition d. Bl. abzugeben.

Drei Kellerräume, in der Johannisstraße belegen, zur Lagerung verschiedener Waaren sich eignend stehen sofort zu vermiethen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Stadt-Theater in Thorn.

Donnerstag, den 18. April. „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua", Republikanisches Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.

Freitag, den 19. April. Zum ersten Mal: „**Kieselack und seine Nichte vom Ballet**", Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten und 10 Bildern von Weirauch. Die Dekoration des Innern des Hoftheaters vorstellend, und die Kostüme der Wunderkinder sind neu.

Sonntag, den 21. April. Letzte Vorstellung.

J. C. F. Mittelhausen.

Agio des Russ.-Poln. Geldes: Polnische Banknoten 15 pCt.; Russische Banknoten 15⅓—15½ pCt.; Klein-Courant 11 pCt.; Groß-Courant 9½ pCt.; Copeken 9 pCt.; neue Silberrubel 6 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 16. April. Temp. W. 2 Gr. Luftdr. 28 Z. 6 Str. Wasserst. 5 F. 10 Z.

Den 17. April. Temp. W. 4 Gr. Luftdr. 28 Z. 3 Str. Wasserst. 5 F. 7 Z.